

Gesundheit in Freiheit und Solidarität

Am 4. September 1978 hat das Präsidium der CDU das gesundheitspolitische Programm der CDU verabschiedet. Der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, stellte es der Öffentlichkeit vor.

Der Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik hat unter dem Vorsitz von Staatssekretär Prof. Beske in mehrjähriger Arbeit sowie nach zahlreichen internen Arbeitstagungen und Sachverständigenanhörungen dieses Programm erarbeitet. Damit ist eine Phase intensiver Beratungen abgeschlossen, die 1974 mit dem gesundheitspolitischen Kongreß „Gesundheit in Freiheit und Solidarität“ in Kiel begonnen hatte. Dieser Kongreß hatte verdeutlicht, daß veränderte medizinische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen eine umfassende Aussage der CDU zu gesundheitspolitischen Fragen erforderlich machen.

Das gesundheitspolitische Programm der CDU ist ein Beitrag zur Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens in Freiheit und Solidarität. Das Programm bekennst sich eindeutig zu einem freiheitlichen System gesundheitlicher Sicherung, das eingebettet ist in unsere freiheitlich-pluralistische Gesellschaft.

Das 190 Ziffern umfassende gesundheitspolitische Programm der CDU beruht auf folgenden Prinzipien:

- Die Familie steht im Mittelpunkt aller sozialen Bindungen und Verpflichtungen („Hier wird gesundheitsbewußtes Verhalten entscheidend gesichert“).
- Soziale Gerechtigkeit und Solidarität gelten vor allem den Schwachen und Hilfsbedürftigen.
- Anzustreben ist ein Ausgleich zwischen umfassender sozialer Sicherheit und größtmöglicher individueller Gestaltungsfreiheit.
- Gesundheitsleistungen und medizinischer Fortschritt müssen im Rahmen des gesellschaftlich Möglichen jedem einzelnen ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation, seinen Platz in der Gesellschaft und seinen Wohnort zugänglich sein.
- Die partnerschaftliche Mitwirkung freigemeinnütziger Verbände und anderer Gruppen im Gesundheitswesen ist unerlässlich.

Konsequenzen dieser Prinzipien sind:

- Das Recht des Patienten auf freie Arztwahl muß gewährleistet sein.
- Die Bereitschaft der Bürger zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung ist ebenso zu fördern, wie der sinnvolle Gebrauch der Möglichkeiten der Vorsorge und Früherkennung von Krankheiten.
- Die Verantwortung für die eigene Gesundheit sollte für den einzelnen den gleichen Rang haben wie etwa der Auftrag an den Staat, gesundheitsgefährdende Umwelteinflüsse zu reduzieren oder auszuschalten.
- Die verantwortliche Selbstverwaltung der Leistungsträger des Gesundheitswesens darf nicht eingeengt, sondern muß gefördert und gestärkt werden. Sie ist wie das gegliederte Krankenversicherungssystem, die privatwirtschaftliche Struktur der privaten Krankenversicherung und die marktwirtschaftlich orientierte Arzneimittelversorgung tragendes Element des Gesundheitswesens.
- Der Grundsatz der freien und unabhängigen Berufsausübung in den Heilberufen nach den Prinzipien der Zulassungs- und Niederlassungsfreiheit darf nicht angetastet werden. Darin eingebettet sind unter anderem die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung (flächendeckende Betreuung), die sorgfältige Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze und gesamtwirtschaftlich verantwortungsbewußtes Verhalten.

Der Staat hat in seiner Verantwortung den notwendigen Ordnungs- und Leistungsrahmen für das Gesundheitswesen zu schaffen als Grundlage für ein abgestimmtes Handeln aller Verantwortlichen und Beteiligten in einem System, das durch die Vielfalt der Planungs-, Aufgaben- und Leistungsträger gekennzeichnet ist.

Die CDU bejaht die Vielfalt von privaten, öffentlichen und freigemeinnützigen Trägern und Einrichtungen im Gesundheitswesen. Ein dementsprechend freiheitlich organisiertes Gesundheitswesen arbeitet humaner, wirksamer und kostengünstiger als ein bürokratisiertes, sozialisiertes und verstaatlichtes Gesundheitssystem. Deshalb lehnt die CDU in ihrem gesundheitspolitischen Programm konsequent alle sozialistischen Konzepte ab, die sich erfahrungsgemäß nicht am einzelnen Menschen, sondern an kollektivistischen Vorstellungen orientieren. Die CDU will nicht den total verwalteten Menschen, sondern den selbständigen Bürger in eigenverantwortlicher Freiheit.

Mit Nachdruck plädiert das gesundheitspolitische Programm für eine eigenständige Gesundheitspolitik, eine humane Medizin und für die Freiheit der Forschung in der Medizin. Der werkseigenen Forschung von pharmazeutischer und medizintechnischer Industrie wird in diesem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe zugewiesen.

„Gesundheit ist ein hohes Lebensgut; sie hat ihren Preis“. Die Ausgaben für Gesundheit werden deshalb stets einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt erfordern. Der Preis darf jedoch die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und die Grenzen der Belastbarkeit des einzelnen nicht übersteigen. Alle Beteiligten müssen deshalb wirksam

zur Ausgabenbetreuung beitragen. Der Bürger muß sicher sein, daß er auch in Zukunft die erforderlichen und angemessenen Leistungen zu vertretbaren Kosten erhält.

Die Gesundheitspolitik der CDU auf einen Blick

Problematik der Kostenentwicklung

Die CDU ist offen für alle schlüssigen Vorschläge zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen; sie müssen einer sachbezogenen und ideologiefreien Prüfung standhalten.

Die CDU vertritt die Leitvorstellung einer „angemessenen Versorgung mit medizinischer Wirksamkeit bei vertretbarem Aufwand“. Notwendig ist ein verantwortungsbewußtes Handeln aller Beteiligten.

Nach Auffassung der CDU ist es Aufgabe des Gesetz- und Verordnungsgebers, die Ziele und den Leistungsrahmen der gesetzlichen Krankenversicherung zu bestimmen und die Steuerungsinstrumente zu gewährleisten, die der wirtschaftlich tragbaren Erfüllung dieser Ziele dienen.

Versicherungsfremde Leistungen, die der gesetzlichen Krankenversicherung aufgebürdet werden, erfordern nach Ansicht der CDU, daß sie den Krankenkassen erstattet werden müssen, wenn diese Leistungen für notwendig gehalten werden.

Die CDU fordert, die Bettenzahl in den **Krankenhäusern** auf den medizinisch begründeten Bedarf zu verringern. Parallel dazu muß der Ausbau von flankierenden Maßnahmen zur Entlastung des Krankenhauses vor sich gehen (Pflegeheime, Sozialstationen usw.).

Im **ambulanten Bereich** sind aus der Sicht der CDU die Mehrfachuntersuchungen abzubauen und vor der Einweisung ins Krankenhaus alle Möglichkeiten diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen auszuschöpfen.

Die CDU tritt ein für den Ausbau der **Gesundheitssystemforschung** (exakte Analyse der Kostenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung insgesamt und in den einzelnen Leistungsbereichen sowie wissenschaftlich fundierte Vorschläge).

Für die Weiterentwicklung des Systems der gesundheitlichen Sicherung nennt die CDU unter anderem folgende Voraussetzungen für alle Maßnahmen: medizinisch begründet, sozial gerecht, flexibel anwendbar, verwaltungsmäßig praktikabel, finanziell durchführbar bzw. entlastend.

Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung

Die vorbeugende Medizin ist für die CDU ein Schwerpunkt der Gesundheitspolitik. Sie versteht darunter beispielsweise die Förderung gesunder Lebensbedingungen, den Schutz

vor vermeidbaren Umweltschädigungen, die Gesundheitsvorsorge und die Früherkennung von Krankheiten.

Im Interesse der Selbstverantwortung jedes einzelnen für seine Gesundheit kommt nach Auffassung der CDU der Gesundheitserziehung eine besondere Bedeutung zu. Sie muß kontinuierlich, personengruppenbezogen und altersspezifisch erfolgen.

Aus dem zunehmenden Mißbrauch von Alkohol und Tabak zieht die CDU die Konsequenz, Kindern und Jugendlichen den Zugang und den Gebrauch zu erschweren oder zu verbieten. Ein weiteres Stichwort: Nichtraucherschutz.

Neben der Familie ist die Schule aus der Sicht der CDU wichtigste Institution auch in Fragen der Gesundheit. Daraus sind in der Praxis bestimmte Schlußfolgerungen zu ziehen.

Da von den angebotenen Möglichkeiten der Vorsorgeuntersuchungen nicht in dem notwendigen Maß Gebrauch gemacht wird, fordert die CDU, gezielt und kontinuierlich auf die Bedeutung der Früherkennung von Krankheiten hinzuweisen; der Katalog soll erweitert werden.

Umweltschutz

Da Umweltschutz nach dem Verständnis der CDU Gesundheitsschutz ist, gilt es, jede Maßnahme des Umweltschutzes in erster Linie an dem Ziel zu orientieren, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Arbeitsmedizin

Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sind nach Auffassung der CDU von so großer Bedeutung, daß vorrangig der Bedarf an Betriebsärzten zu decken ist. Eine weitere Forderung: ausreichend ausgestattete Lehrstühle für Arbeitsmedizin an allen medizinischen Fakultäten. Es ist vor allem Aufgabe der Arbeitsmedizin, die medizinischen Erkenntnisse über die Wechselbeziehungen zwischen Arbeit und Gesundheit für den arbeitenden Menschen mit Auswirkungen auf seine Familie anzuwenden.

Lebensmittelüberwachung

Dem Schutz des Verbrauchers vor gesundheitlichen Gefahren und vor wirtschaftlichen Nachteilen soll nach den Vorstellungen der CDU ein modernes, umfassendes Lebensmittelrecht dienen; Vorschriften sind zu präzisieren und auf den neuesten Stand zu bringen.

Ärztliche und zahnärztliche Versorgung

Die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung ist, so der Standpunkt der CDU, auch in Zukunft vorrangig durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte in freier und unabhängiger Berufsausübung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen sicherzustellen. Formen ärztlicher Kooperation der niedergelassenen Ärzte untereinander und mit den im Krankenhaus tätigen Ärzten können die ambulante ärztliche Versorgung verbessern.

Die CDU fordert die modellhafte Erprobung der Beleg-Gruppenpraxis als fachübergreifende Gruppenpraxis mit angegliederter kleiner Bettenstation.

Die CDU bekennt sich zur Selbstverwaltung von Ärzten, Zahnärzten und Krankenkassen; sie steht zum Prinzip der Vertragsfreiheit.

Eine Schlüsselfunktion in der ambulanten ärztlichen Versorgung nimmt der Arzt für Allgemeinmedizin als Haus- und Familienarzt ein. Das CDU-Programm nennt sechs Forderungen, um der Allgemeinmedizin größere Bedeutung zu geben.

Die Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte sieht die CDU als geeignetes Instrument an, Leistungen angemessen zu honorieren, aber auch zu kostenbewußtem Verhalten zu motivieren.

Aus der Erkenntnis heraus, daß aktuelles Wissen unerlässliche Voraussetzung für wirkungsvolles ärztliches Handeln ist, verlangt die CDU den Ausbau der Fortbildung.

An das Medizinstudium knüpft die CDU eine Reihe von Forderungen, um den künftigen Arzt für seine verantwortliche Tätigkeit besser in den Stand zu setzen, seine Aufgaben zu erfüllen (Änderung der Approbationsordnung).

Krankenhausversorgung

Das bedarfsgerechte und leistungsfähige Krankenhaus verbindet die CDU mit folgenden Auffassungen: die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und Technik ständig berücksichtigen; die Pluralität der Trägerschaft wahren; kleineren Krankenhäusern durchaus Chancen einräumen.

Die CDU setzt sich dafür ein, die zentrale Funktion des Krankenhauses in der Aus-, Weiter- und Fortbildung für verschiedene Berufe des Gesundheitswesens zu erhalten und auszubauen.

Der inneren Struktur des Krankenhauses möchte die CDU Aufmerksamkeit widmen. Sachliche Notwendigkeiten und damit Orientierung in erster Linie am Patienten sowie an der Leistungsfähigkeit des Krankenhauses unter Beachtung wirtschaftlicher Gesichtspunkte haben im Vordergrund zu stehen; für ideologisches Denken ist kein Platz.

Nach dem Grundsatz der individuellen Entscheidungsfreiheit des Patienten auch im Krankenhaus fordert die CDU, den Patienten Wahlleistungen anzubieten, wenn dadurch die Versorgung anderer Patienten nicht beeinträchtigt wird.

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz und die Bundespflegesatzverordnung haben nicht zu einer zufriedenstellenden Lösung der Krankenhausfinanzierung geführt. Die CDU verlangt Änderungen.

Die zunehmende ökonomische Bedeutung der Entscheidungen im Krankenhaus stellt hohe Anforderungen an das Verständnis betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge und an die Fähigkeit, das betriebswirtschaftliche Instrumentarium einzusetzen. Deshalb muß — ohne Beeinträchtigung der humanitären Aufgaben des Krankenhauses — ein modernes Krankenhausmanagement entwickelt werden.

Die CDU fordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um ohne Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit unseres Krankenhauswesens die Kosten in vertretbaren Grenzen zu halten.

Versorgung von psychisch Kranken und Behinderten

Die CDU geht von dem Grundsatz aus, daß psychisch Kranke das gleiche Recht auf ärztliche und soziale Behandlungen und Betreuung haben wie jeder andere Kranke. Diskriminierungen darf es nicht geben; die psychiatrische Versorgung ist zu verbessern.

Es ist das Ziel der CDU, auch psychisch Kranken und Behinderten die medizinischen und sozialen Hilfen zukommen zu lassen, die zur weitestmöglichen Gesundung, zur Entfaltung der Persönlichkeit und zu einer geachteten und befriedigenden Lebensführung erforderlich sind.

Suchtbekämpfung

Die Zunahme der Alkohol-, Rauschmittel- und Medikamentensucht verlangt nach Auffassung der CDU vor allem intensive Anstrengungen in der Vorbeugung. Die Behandlung von Suchtkranken zwingt zu enger Zusammenarbeit. Der Ursachenforschung soll ein Forschungszentrum dienen.

Die CDU sieht den Schwerpunkt der Suchtbekämpfung in der Aufklärung als Maßnahme der Suchtverhütung.

Die Information über die Sucht und über die Folgen des Mißbrauchs von Alkohol und Arzneimitteln ist ein wesentlicher Bestandteil jeder Gesundheitserziehung und muß gefördert werden.

Öffentliches Gesundheitswesen

Bedeutung und Entwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens erfordern aus der Sicht der CDU, Rechtsgrundlagen und Aufgaben zeitgemäß neu zu ordnen, um eine ausreichende Zahl qualifizierter Ärzte und Fachärzte zu gewinnen.

Die CDU tritt für eine Beibehaltung der eigenständigen ärztlichen Dienste in der Versorgungsverwaltung, der Krankenversicherung und der Rentenversicherung ein. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Selbstverwaltung der Träger der einzelnen ärztlichen Dienste und damit u. a. der einzelnen Landesversicherungsanstalten müssen bestehen bleiben. Ein gemeinsamer sozialärztlicher Dienst wird damit von der CDU abgelehnt.

Rettungsdienst und Unfallverhütung

Dem Rettungsdienst kommt zunehmende Bedeutung zu. Die „Rettungskette“ ist nach den CDU-Vorstellungen zügig auszubauen (u. a. münzfreier Notruf von allen Fernsprechzellen). Auf die freiwilligen Rettungsorganisationen des Rettungsdienstes kann nicht verzichtet werden.

Berufe des Gesundheitswesens

Nach der Devise, jedes Gesundheitswesen ist so gut wie die Qualität der Angehörigen aller Berufe in diesem Bereich, widmet die CDU der Aus-, Fort- und Weiterbildung besondere Aufmerksamkeit; neue Berufsbilder sind zu entwickeln.

Die Ausbildungsstätten sollten, soweit möglich, mit Einrichtungen des Gesundheitswesens verbunden sein, um eine praxisbezogene Ausbildung zu gewährleisten. Eine Verschulung wird ebenso abgelehnt wie ein duales System mit getrennter Verantwortung und gesonderten Ausbildungsstätten für Theorie und Praxis. Dies gilt insbesondere für die Krankenpflegeschulen.

Arzneimittel

Arzneimittelversorgung (Forschung fördern) und Arzneimittelrecht (Sicherheit verbessern, therapeutischen Fortschritt nicht behindern) sind aus der CDU-Sicht wichtige Bereiche des Gesundheitswesens. Eine Verstaatlichung der Pharmaindustrie wird abgelehnt.

Mit einer weiter steigenden Zahl von Apotheken stellt sich nach CDU-Auffassung die Frage nach der Überversorgung. Es besteht die Gefahr, daß u. a. aus Wettbewerbsgrün-

den die zum Schutz des Verbrauchers bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht voll erfüllt werden. Kritische Beobachtung ist nötig.

Krankenversicherung

Die CDU bekennt sich zum gegliederten System der Krankenversicherung mit Pflichtkassen und Ersatzkassen sowie der privaten Krankenversicherung. Einheitsbeiträge und Einheitshonorare werden abgelehnt.